

Ortsrat Ueffeln

Bürgermeister der Stadt Bramsche
Heiner Pahlmann
Hasestraße 1

49565 Bramsche

Bramsche, den 26.04.2022

Antrag zur Nutzung der Abwärme aus der Biogasanlage in privaten Haushalten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Im März haben wir die Bürgerinnen und Bürger von Ueffeln zu einer Versammlung zu den Themen „Integriertes energetisches Quartierskonzept“ und „Fernwärme“ eingeladen. Im Vorfeld, und zwar im ersten Quartal des vergangenen Jahres, hatten die Einwohner von Ueffeln auf Initiative des Ortsrates ein starkes Interesse an einem Fernwärmeanschluss bekundet. Die Stadtwerke hatten im Mai 2022 signalisiert, das Fernwärmenetz bauen zu wollen. Das Planungsbüro „Die Energielenker“ aus Greven hat aus der Perspektive der Stadtwerke eine erste grobe Kostenschätzung erstellt und diese auf der Bürgerversammlung am 14.03.2023 präsentiert. Es ist zu befürchten, dass auf der Grundlage dieser Kosten (Haushaltsanschlusskosten 11.900 €, Grundgebühr 1970 €/Jahr, Arbeitspreis 9,8 ct/kWh) sich das Fernwärmenetz wegen einer zu geringen Nachfrage nicht realisieren lassen wird. Wir haben das Planungsbüro und die Stadtwerke gebeten, diese Kosten nochmal genau zu prüfen und im Detail herzuleiten. Die Erfahrungen aus anderen Gemeinden mit privat erstellten Fernwärmenetzen weisen deutlich geringere Kosten auf.

Der Ortsrat Ueffeln beantragt,

1. dass die Stadtwerke Bramsche GmbH aufgefordert wird, den Ueffelner Bürgerinnen und Bürgern bis Ende Juli 2023 ein konkretes Angebot für einen Fernwärmeanschluss zu unterbreiten. Diesen soll dann bis Ende September d. J. Zeit gegeben werden, das Angebot anzunehmen, so dass die Stadtwerke bis Ende Oktober 2023 über die Realisierung des Fernwärmenetzes entscheiden sollten.
2. Wenn das Fernwärmenetz durch die Stadtwerke nicht realisiert werden kann, sollte die Stadt Bramsche den Betreiber der Biogasanlage – Herrn Kamphaus aus Quakenbrück – bitten, ein eigenes Konzept für ein privates Fernwärmenetz zu erstellen und den Bürgerinnen und Bürgern ein Angebot für die Lieferung von Wärme zu unterbreiten.

Begründung:

Bisher werden die anfallenden über 3 Mio. kWh Abwärme nur zu einem geringen Teil vom Freibad, der Kirche und von wenigen städtischen Gebäuden genutzt. Der größere Teil dieser Energie entweicht ungenutzt in die Atmosphäre. Sollte es uns gelingen, nur 2 Mio. kWh, die bisher durch Gas und Öl erzeugt werden, durch Abwärme der BGA zu ersetzen, so würden in Ueffeln pro Jahr 470 t CO₂ weniger ausgestoßen. Im näheren Umfeld der bestehenden Wärmeleitung könnten in einem ersten Schritt 35 Haushalte mit einem Wärmebedarf von ca. 730.000 kWh angeschlossen werden. Damit würden jährlich ca. 160 t CO₂ Emission eingespart. Selbst wenn in einem ersten Schritt die Wärme ohne Vollversorgung angeboten werden würde, würden die angeschlossenen Haushalte direkt die von der Bundesregierung geplanten Anforderungen erfüllen: Die Heizenergie würde zu deutlich mehr als 65 % aus regenerativer Energie generiert werden.

Die Stadtwerke Bramsche sind seit fast einem Jahr im Thema, so dass eine zügige und konkrete Angebotskalkulation möglich sein sollte. Wenn wir als verantwortliche Politiker an den allgemeinen Klimazielen mitarbeiten wollen und die oft beschworenen CO₂-Einsparpotentiale dort nutzen wollen, wo diese offensichtlich vorhanden sind, müssen wir bei diesem Thema einen engen Zeitplan verfolgen. Eine hohe Anschlussdichte ist eine Voraussetzung für die Realisierung des Fernwärmenetzes. Ob das Wärmenetz am Ende von den Stadtwerken oder vom Betreiber der BGA betrieben wird, sollte keine Rolle spielen. Entscheidend sollte nur sein, dass über das Wärmenetz möglichst viel der heute ungenutzten Abwärme einer Nutzung zugeführt wird.

Herr Pahlmann, wir bitten Sie als Bürgermeister der Stadt Bramsche und als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Stadtwerke Bramsche GmbH, uns in dieser Sache zu unterstützen und die erforderlichen politischen Beschlüsse mit uns gemeinsam herbeizuführen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, nicht nur die öffentlichen Einrichtungen in Ueffeln regenerativ zu heizen, sondern auch möglichst vielen privaten Haushalten das Gleiche zu ermöglichen.

Laurentius Stuckenberg
CDU-Fraktionsvorsitzender